

Die Konferenz von Boulogne. Uebereinstimmung zwischen Lloyd George und Poincaré.

Die Konferenz von Genua am 10. April.

Paris, 25. Febr. In der heutigen Konferenz von Boulogne, die über 3 Stunden dauerte, ist beschloffen worden, daß die Konferenz von Genua am 10. April zusammenzutreten soll.

Eine offizielle französische Erklärung über das Ergebnis.

Paris, 25. Febr. Nach Schluß der Konferenz von Boulogne ist folgendes französische Communiqué ausgegeben worden: Lloyd George und Poincaré sind heute in Boulogne für vier zu einer Unterredung von mehr als dreistündiger Dauer zusammengetroffen, in deren Verlauf sie im Geiste größter Herzlichkeit eine gewisse Anzahl augenblicklich von den Alliierten aufgeworfener Probleme besprochen haben. Die beiden Premierminister haben sich besonders mit der Konferenz von Genua beschäftigt und haben volle Uebereinstimmung erzielt, daß politische Garantien geschaffen werden müssen, damit weder den Prärogativen des Völkerbundes, noch den in Frankreich nach dem Frieden unterzeichneten Verträgen, noch den Rechten der Alliierten aus der Reparation Abbruch getan werde. Die Sachverständigen werden sich deshalb in kürzester Zeit in London zusammenfinden, um die wirtschaftlichen und technischen Fragen zu prüfen. Die italienische Regierung wird ersucht, die Konferenz von Genua auf den 10. April zusammenzurufen. Lloyd George und Poincaré haben sich in sehr freundschaftlicher Weise über die Fragen verständigt, die verhandelt wurden, und die Gewißheit erhalten, daß das Einverständnis zwischen England und Frankreich in allen internationalen Fragen auch die fruchtbarsten Ergebnisse zeitigen werde. Sie haben insbesondere die Ueberzeugung gewonnen, daß keine Schwierigkeiten politischer Art die beiden alliierten Nationen daran verhindern werden, in vollem gegenseitigen Vertrauen an der Wiederherstellung Europas und an der Konsolidierung des Friedens zu arbeiten.

Weitere französische Kommentare.

Paris, 26. Febr. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas bringt über die Zusammenkunft in Boulogne Einzelheiten, wonach die Genuaer Konferenz die in Frankreich seit dem Frieden unterzeichneten Verträge nicht mehr in Frage stellen kann. Auch denn Ansprüchen der Alliierten auf die Reparationen könne die Konferenz keinen Abbruch tun. Die Rechte des Völkerbundes sollen in Genua nicht eingeschränkt werden. Die Konferenz soll mit dem Völkerbund nicht in Wettbewerb treten. — Nach dem „Matin“ soll Frankreich vollkommen geneigt sein, Deutschland und später auch Sowjetrußland zum Völkerbund zuzulassen. Die Sowjetregierung könne aus der Latzache ihrer Zulassung in Genua ihre Anerkennung als Regierung nicht folgern. Jede Regierung behalte sich nach dieser Richtung volle Handlungsfreiheit vor. Die bolschewistische Regierung müsse die Staatsanleihen der vorausgegangenen Regierungen übernehmen. Die Frage der europäischen Abrüstung werde in Genua nicht gestellt werden. In Boulogne sei der französisch-britische Schutzvertrag gestreift worden, doch seien die beiden Minister wegen der kurzen Zeit in eine eingehende Verhandlung nicht eingetreten. Anscheinend werde nunmehr eine einfache Angelegenheit genügen, um den französischen und den englischen Standpunkt in Einklang zu bringen. Die beiden Ministerpräsidenten seien zu dem Schluß gekommen, daß eine Einheitsfront Frankreichs und Englands in Genua unerlässlich sei, um den Erfolg ihres Programms für den Wiederaufbau und für die Gewährleistung des Friedens sicher zu stellen, an dem Frankreich ebenso wirkungsvoll mitarbeiten wolle, wie die anderen europäischen Mächte.

Lloyd George's angeblicher Plan für Genua.

London, 25. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, das Hauptziel Lloyd Georges für Genua sei die Sicherung des europäischen Friedens für 10 Jahre, in deren Verlauf der Wiederaufbau unternommen werden könnte. Nach diesem Plan würden sich alle, die alliierten sowie auch die ehemals feindlichen Nationen formell verpflichten, während dieses Zeitraums ihre gegenseitigen Grenzen zu achten, sich aller Angriffe oder Angriffsabsichten zu enthalten und sich ganz den Werken des Friedens, der Festigung der Finanzen, des Handels, der Industrie zu widmen, sowie eine allseitige Herabsetzung der Landrüstungen zu vereinbaren. — Das sieht alles recht schön aus, aber wenn ein Staat wie der deutsche von seinen Gegnern ausgepreßt wird wie eine Zitrone und das Sklavengeld der Unterdrückung tragen soll, dann ist es für seine Feinde wohl angenehm, für den betreffenden Staat aber eine furchtbare Qual. Deshalb Vorzicht bei

den Vorschlägen Londons, denn von den Angehörigen sind bisher die glühigsten Gase gegen die Existenz Deutschlands ausgegangen.

Die italienische Mitteilung über die Verschiebung der Konferenz.

Berlin, 25. Febr. Die italienische Botschaft hat dem Auswärtigen Amt eine Note zugehen lassen in der sie mitteilt, daß die italienische Regierung eine kurze Verschiebung der Eröffnung der Konferenz von Genua beschloffen habe. Sie habe sich mit den alliierten Regierungen in Verbindung gesetzt, um mit deren Einverständnis einen neuen Zeitpunkt festzusetzen, der der deutschen Regierung mitgeteilt werden würde.

Die Auffassung der „Kleinen Entente“ über Genua.

Bukarest, 24. Febr. Ministerpräsident Paşitich erklärte der Agentur Nader, daß die Besprechungen in Bukarest zu einer völligen Uebereinstimmung über die Fragen geführt hätten, die der Konferenz von Genua unterbreitet werden sollen. Es sei festgestellt worden, daß die Staaten der kleinen Entente jährliche gemeinsame Interessen hätten und daß sie in geschlossener Einheit gegenüber etwaigen Ansprüchen der Delegation der Sowjetrepublik auftreten würden. Paşitich weiß noch nicht, ob er selber nach Genua geht, da er durch die Sitzungen des Parlaments zurückgehalten werden könnte. Wahrscheinlich wird eine Sachverständigenkonferenz der kleinen Entente stattfinden. Bukarester politische Kreise bestätigen, daß es die Auffassung aller Staaten der kleinen Entente sei, daß die Konferenz von Genua als Grundlage der bestehenden Verträge haben müsse. Paşitich und Ninschitsch werden Bukarest heute abend verlassen, König Alexander wird am Samstag noch hier bleiben.

Bukarest, 25. Febr. König Alexander hat Bukarest heute abend 10 Uhr verlassen und die Rückreise nach Belgrad angetreten.

Heimreise der beiden Ministerpräsidenten.

Boulogne, 25. Febr. Kurz nach 7 Uhr abends hat Poincaré Boulogne verlassen und die Rückreise angetreten. 10 Minuten später trat auch Lloyd George die Rückreise nach London an.

Ein Automobilschicksal des Herrn Poincaré.

Boulogne, 27. Febr. Im Laufe einer Spazierfahrt, die Poincaré vor dem Frühstück nach Wimereux unternahm, erlitt das Auto des Ministerpräsidenten einen Unfall. Es fuhr die Strandpromenade gegen das Casino von Wimereux hinauf über eine sehr wenig begangene Straße, als es im Sande versank. Ein Bewohner von Wimereux mußte mit 3 Pferden das Auto aus dem Sande ziehen und auf festen Boden schleppen. Infolge dieses Zwischenfalls kam Poincaré in der Präfektur von Boulogne mit halbstündiger Verspätung an. — Ob das vielleicht ein politischer Unfall war?

Zur auswärtigen Lage.

Das erneute „Wohlwollen“ der Entente für Oesterreich.

Wien, 26. Febr. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, die Botschafterkonferenz habe beschloffen, an Oesterreich die Aufforderung zu richten, weitere Eisenbahnmittel — und zwar hundert Wagen und eine Anzahl Lokomotiven — an Italien abzuliefern. — Das Blatt bemerkt dazu, daß angesichts des jüngst bewiesenen Wohlwollens der Entente gegenüber Oesterreich die obige Nachricht in Oesterreich befreudlich wirken müsse und eine aufklärende Mitteilung dringend geboten erscheine.

Quatrupel-Allianz anstatt „Kleine Entente“.

Graz, 25. Febr. Die „Tagesspost“ meldet aus Belgrad: Heute vormittag fand die letzte Beratung der rumänischen und der jugoslawischen Staatsmänner statt, an der auch Bevollmächtigte Polens und der Tschechoslowakei teilnahmen. — Die polnische Regierung hat ihren Beitritt zu der Kleinen Entente angemeldet. Es wurde beschloffen, die Bezeichnung „Kleine Entente“ aufzugeben und den Bund Jugoslawiens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Polens Quatrupel-Allianz zu nennen. — Das soll den Anschein erwecken, als wollten sich diese Staaten nicht ganz mit den Interessen der Großen Entente identifizieren. Wir haben aber allen Anlaß, auf die Aenderung des Schildes der „Kleinen Entente“ kein allzugroßes Gewicht zu legen. So wenig wie die Deutschfeindlichkeit Amerikas dadurch verringert worden wäre, daß es sich nur als „assoziierte“ Macht bezeichnete, so wenig wird das Viererbündnis durch diese Namensänderung etwas an seinem gegen Deutschland gerichteten Charakter verlieren. Die Schrift.

Das neue italienische Ministerium.

Rom, 25. Febr. Der König hat die Demission des Kabinetts Bonomi angenommen und den Abgeordneten

Facta mit der Neubildung der Regierung beauftragt. — Ob der endgültige Rücktritt Bonomis mit dem wiederholten Unfall Lloyd Georges zusammenhängt?

Rom, 25. Febr. Facta hat dem König die Liste der neuen Minister unterbreitet, die der König billigte. Das Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsidentum und Inneres Facta, Auswärtige Angelegenheiten Schanzer, Kolonien Amendola, Justiz Luigi Rossi, Finanzen Bertone, Schatz Peano, Krieg Discalea, Marine Devito, Unterricht Anile, Öffentliche Arbeiten Riccio, Ackerbau Bertini, Handel und Industrie Teofilo Rossi, Arbeit und Fürsorge Bellosarba, Post Celaro, Beiräte Gebiete vorläufig Facta.

Rom, 25. Febr. Das neue Kabinett setzt sich zusammen aus 8 Demokraten, und zwar den Deputierten Facta, Peano, Luigi Rossi, Devito, Celaro, Amendola und den Senatoren Schanzer und Teofilo Rossi; weiter aus 3 Mitgliedern der katholischen Volkspartei, und zwar den Deputierten Bertone, Bertini und Anile; ferner einem Mitglied der Partei der Landwirte, dem Deputierten Discalea, und einem Reformisten, dem Abg. Bellosarba, sowie einem Mitglied der liberalen Rechten, dem Abg. Riccio.

Rom, 25. Febr. Laenzia Stefani. Das neue Kabinett findet in fast allen Blättern eine günstige Aufnahme. Die Blätter erkennen an, daß Facta bei der Bildung der Regierung große Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Sie erklären, daß das neue Kabinett die Mehrheit der Kammer erhalten werde, da es von den vier Hauptparteigruppen, den Demokraten, der katholischen Volkspartei, der Rechten und den Reformisten unterstützt werde.

Scheidemann in Kopenhagen.

Berlin, 27. Febr. Wie die „Berliner Montagspost“ aus Kopenhagen berichtet, hielt gestern in der Festhalle des Rathauses Philipp Scheidemann vor mehreren tausend Menschen einen Vortrag. Er sagte, daß es ungerecht sei, Deutschland allein die Schuld am Weltkrieg zu geben. Aber der Weltkrieg hätte ohne Zweifel verhindert werden können, wenn Deutschland schon 1914 eine im Volk gestützte Regierung gehabt hätte. (?) Ueber den Krieg selbst äußerte sich Scheidemann nur kurz und betonte, daß die deutsche Sozialdemokratie vom 1. Tage an bereit gewesen sei, Frieden zu schließen. Ein großer Teil des Vortrags war dem Versailler Friedensvertrag gewidmet, den Scheidemann mit außerordentlicher Schärfe zerstückte und dessen Ungerechtigkeiten er so eindringlich darlegte, daß er öfter von Beifallsstundgebungen unterbrochen wurde und daß Rufe wie „Meinster Bahn!“ laut wurden. Als Scheidemann für das bänische Liebeswerk für die deutschen Kinder dankte und zuletzt die Hoffnung auf einen wirklichen Völkerbund aussprach, erntete er tosenden Beifall. — Glaubt Herr Scheidemann vielleicht, die Russen hätten um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen auf ihre Ziele im Orient, die Franzosen auf Elsass-Lothringen und ihr Vorherrschaftsziel in Europa, und die Angehörigen auf ihre wirtschaftlichen und maritimen Weltbeherrschungspläne verzichtet? Herr Scheidemann ist zwar ein guter Taktiker in bezug auf Innenpolitik, aber in der Außenpolitik ist er eben zu viel vom Internationalismus infiziert, um sich ein klares Urteil bilden zu können.

Amerika will eine Notbank in Europa einrichten.

Wien, 25. Febr. Der hier eingetroffene amerikanische Senator Owen erklärte einem Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“, er hoffe, daß eine im amerikanischen Senat eingebrachte Bill betreffend die Errichtung einer europäischen Notbank, die berechtigt sein soll, Dollarnoten bis zum Betrage von 2500 Millionen Dollar auszugeben, die in Europa in Umlauf zu bringen wären und in Gold einlösbar sind, den europäischen Geschäftsleuten ermöglichen werde, mit Amerika in nähere geschäftliche Wechselbeziehungen zu treten. Diese Bank werde Zweigstellen in Europa haben. Senator Owen begibt sich von Wien nach Bukarest und von da nach Berlin.

Harding wünscht deutsche Farbstoffe als Reparationsleistung.

London, 25. Febr. Nach einer Neutermeldung aus Washington hat Präsident Harding an den Senator Krelinghousen einen Brief gerichtet, in dem er es beklagt, daß der Kongreß die Hände der Verwaltung im Verkehr mit der Reparationskommission gebunden habe und anregt, es möge eine gezielte Maßnahme getroffen werden, die es den Vereinigten Staaten ermöglicht, ihre „deutschen Reparationsfarben“ zu erhalten.

Die Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917.

München, 23. Febr. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ beginnen heute mit der Veröffentlichung eines Auszuges aus dem Protokoll über die Verhandlungen zwischen dem Grafen Czernin und Bethmann Hollweg am 16. März 1917 in Wien, die das Friedensangebot des Prinzen Sigismund zum Gegenstand hatten. An dieser Unterredung nahmen außer dem Reichskanzler von Bethmann

